Unser Antrag bezüglich Verhandlungen des Gemeindevorstandes mit der RMD (Vertretersitzung am 14.07.2015)

Hallo FWG Freunde,

wie bereits in der letzten Fraktionssitzung besprochen, hat Kurt Solz in Absprache mit Gerhard Müller den als Anhang beigefügten Antrag der FWG-Fraktion für die Gemeindevertretersitzung am 14.07.2015 gestellt.

Mit ausschlaggebend für diesen Antrag waren die Fragen der Bürger, nicht nur in der Bürgerversammlung, was die Gemeinde von der Erhöhung der Verarbeitungsmenge des Grünschnittes und der zusätzlichen Verarbeitung der Gärreste hat.
Sicherlich sind alle Gemeinden gefordert, sich an anstehenden Problemlösungen zu beteiligen.
Bei dem Ausstieg aus der Atomkraft und der Schaffung von alternativen Energiequellen, hat die Gemeinde der Errichtung von 3 Windrädern zugestimmt. Die Gemeinde hat dadurch Mehreinnahmen von ca. 150.000,--€ pro Jahr, welche dringend gebraucht werden, um den Haushalt auszugleichen.

Bereits seit Anfang 1990, als mit dem Umlandverband Frankfurt über die Errichtung eines Kompostwerkes auf dem Saargelände verhandelt wurde, musste allen bewusst sein, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis diese im Flächennutzungsplan ausgewiesene Sonderfläche, für eine größere Ausnutzung für Abfallentsorgung benötigt wird.

Durch die flächendeckende Einführung der Bio-Tonne ab 01.01.2015 war dieser Zeitpunkt gekommen.

Sicherlich sind wir hier in Grävenwiesbach besonders betroffen, weil das die einzige Fläche im Hochtaunuskreis ist, die diese Verarbeitung von Grünschnitt und Gärresten in dieser Größenordnung zulässt.
Also muss es eine Entscheidung über den Antrag der RMD geben, wobei aber auch die Belange der Gemeinde und ihrer Bürger Berücksichtigung finden muss.

Um nichtkostendeckende Haushaltsbereiche ausgleichen zu können, ohne die Bürger durch zusätzliche Erhöhung der Grundsteuer zu belasten, halten wir darum eine Entschädigung für die Straßennutzung für unumgänglich.
Auch sollten durch die anderen zusätzlichen Einnahmen die Bereiche Kindergärten und Dorfgemeinschaftshäuser entlasten werden.
Bevor wir einer kostendeckende Gebührenerhöhung für die Dorfgemeinschaftshäuser und damit auch eine nicht gerade günstige Kostenbeteiligung der Vereine für die Nutzung der Dorfgemeinschaftshäuser zustimmen, halten wir hier ein Art Entschädigungszahlung pro Tonne seitens der RMD Tonne für angebracht.
Auch müssten die Kindergartengebühren übermäßig angehoben werden, um einen höheren Deckungsgrad durch Gebühreneinnahmen zu erreichen.

Wir erwarten, dass unser Antrag in der Gemeindevertretersitzung am 14.07.2015 eine Mehrheit erhält und der Gemeindevorstand in diesem Sinne Verhandlungen mit der RMD führt.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Radu